



(Science) Impfstoffe: Knebelverträge sollten 10 Jahre geheim bleiben

1 message

Christof Plothe (Basecamp) <notifications@3.basecamp.com>
Répondre à : christof-plothe-zLuuQ7Ch6gJG@replies.3.basecamp.com

23 août 2021 à 08:58

[Urs P. Gasche](#) / 8.08.2021 **Null Haftung für Schäden. Staaten müssen sogar Anwalts- und Gerichtskosten der Konzerne übernehmen. Hier geleakte Originalauszüge.**

Westliche Regierungen waren so erpicht, möglichst rasch möglichst viel Impfstoffe zu kaufen, dass sie sich von den Herstellern Knebelverträge haben diktieren lassen. Weiter unten zeigen wir Originalauszüge aus dem geheimen Kaufvertrag, den der Konzern Pfizer/Biontech mit Albanien abgeschlossen hat. Transparency International stellte einen definitiven [Vertragsentwurf mit Albanien](#) ins Netz. Es ist davon auszugehen, dass der Pharmakonzern mit den anderen Vertragspartnern substanziell gleich lautende Verträge abschloss. Nur die festgesetzten Preise sind sehr unterschiedlich, wie aus früheren Leaks hervorgeht.

Zuerst das Wichtigste aus drei Vertragsklauseln:

- (Ziffer 2.1) Die vereinbarten Abnahmemengen gelten auch dann, wenn zweckmässigere Impfstoffe oder wirksame Medikamente auf den Markt kommen sollten.
- (Ziffern 8.1 bis 8.4) Pfizer/Biontech befreit sich nicht nur selbst aus jeglicher Haftung für irgendwelche Schäden. Auch sämtliche Drittbeteiligte an der Produktion, an der Distribution, der Vermarktung sowie auch die beauftragten Forscher und die Verabreicher des Impfstoffs usw. sind von jeglicher Haftung befreit.
Wird gegen Pfizer/Biontech irgendwo vor Gericht geklagt, müssen die Vertragspartner (also die Regierungen) sämtliche Anwalts- und Gerichtskosten, Vergleichskosten, Entschädigungen, Bussen und andere Ausgaben übernehmen.
[Trotzdem verbreiten Behörden immer noch die Unwahrheit, dass die Hersteller für auftretende Schäden haften, sofern die Impfung als Ursache feststeht.]
- (Ziffer 10.4) Der Inhalt des Vertrags muss bis zehn Jahre nach Vertragsauflösung strikt geheim gehalten werden. Im Vertrag mit Israel ist eine Geheimhaltung sogar von 30 Jahren vereinbart. Offensichtlich gibt es im Vertrag mit Israel, das sich vor allen anderen Staaten grosse Mengen Impfstoff sichern konnte, mehr zu verstecken

Solche einseitigen, jetzt durch ein Leck doch öffentlich gewordene Vertragsklauseln sind nach deutschem Recht missbräuchlich. Doch die Regierung als Vertragspartnerin wagt es wohl nicht, die Klauseln vor Gericht anzufechten.

Geheimnistuerei untergräbt das Vertrauen in Impfstoffe

Solange das Impfen freiwillig ist, lassen sich viele nur impfen, wenn sie den Behörden vertrauen. Schliesslich handelt es sich bei den mRNA-basierten Impfstoffen von Pfizer/Biontech und Moderna um eine neuartige Technologie, die bisher erst versuchsweise als Impfstoff gegen die Tollwut und einzelne [Influenzaviren](#) ausprobiert wurde, jetzt jedoch Hunderten Millionen gesunder Menschen gespritzt wird. Diese Corona-Impfstoffe sind nur zeitlich befristet zugelassen, weil Studien über seltene, aber mögliche mittel- und langfristige Nebenwirkungen noch fehlen.

Eine kritische Haltung rechtfertigt sich schon deshalb, weil Behörden und Experten eine möglichst grosse Durchimpfung der Bevölkerung anpeilen und deshalb kaum zu erwarten ist, dass sie gleichzeitig über Nachteile unvoreingenommen informieren. Schon zu oft mussten Medikamente, aber auch

Impfstoffe, nach angerichtetem Schaden wieder vom Markt zurückgezogen werden.

Ein Beispiel: Der Wirkungsverstärker, den der Pharmakonzern GSK dem Impfstoff [Pandemrix](#) gegen die Schweinegrippe beimischte, war noch wenig getestet. Wider besseres Wissens behaupteten Behörden und Ärzteorganisationen trotzdem: «Dieser Impfstoff wurde gründlich getestet». Allzu viele, die sich gutgläubig impfen liessen, erlitten gesundheitliche Schäden. In Europa [erkrankten insgesamt etwa 15'000 Menschen](#) an Schlafzwang, Nervenkrankheiten, allergischen Schocks, Gesichtslähmungen, Gefäss- und Gehirnentzündungen. Unterdessen ist Pandemrix längst aus dem Markt verschwunden.

Die teils verständliche Skepsis eines Teils der Bevölkerung wird jetzt geradezu befeuert, weil die Behörden nicht offen dazu standen, dass sie von den Pharmakonzernen zu einseitigen Verträgen genötigt wurden.

Sie haben es unterlassen, die Öffentlichkeit ungeschminkt darüber zu informieren, dass sie von den Pharmakonzernen erpresst wurden und sie eine zu schlechte Verhandlungsposition hatten, um bessere Vertragsbedingungen auszuhandeln. Und dass sie zudem gegen ihren Willen gezwungen wurden, die Knebelbedingungen selbst nach Vertragsauflösung noch zehn Jahre lang geheimzuhalten.

Eine solche Information hätte die Öffentlichkeit nachvollziehen können, weil es den Regierungen darum ging, möglichst schnell möglichst viel des anfänglich raren Impfstoffs für die eigene Bevölkerung zu sichern.

Doch stattdessen machten die Behörden gute Miene zum bösen Spiel und taten so, als seien die mit Pfizer/Biontech und Moderna eingegangenen Bedingungen völlig normal. Sie übten sich im Kotau vor den Impferstellern.

Nur dank eines Whistleblowers wurden die unterschriebenen Geheimklauseln jetzt bekannt. Umso grösser ist der Schaden für die so wichtige Vertrauensbildung.

[«Tages-Anzeiger»](#) und «Bund» titelten:

«Pfizer wälzt Risiken auf Staaten ab, grosse Unterschiede bei Preisen. Der Pharmagigant sichert seine Profite mit einseitigen Verträgen, wie Dokumente belegen.»

Der [«Blick»](#) untertitelte:

«Das sind Knebelverträge»

Die einschlägigen Originalklauseln

Die Ziffern 8.1 und 8.2 des Vertrags lehnen jeglicher Haftung ab. Dabei haben die Juristen von Pfizer/Biontech an wirklich alles gedacht:

8.1 Indemnification by Purchaser. Purchaser hereby agrees to indemnify, defend and hold harmless Pfizer, BioNTech, each of their Affiliates, contractors, sub-contractors, licensors, licensees, sub-licensees, distributors, contract manufacturers, services providers, clinical trial researchers, third parties to whom Pfizer or BioNTech or any of their respective Affiliates may directly or indirectly owe an indemnity based on the research, development, manufacture, distribution, commercialization or use of the Vaccine, and each of the officers, directors, employees and other agents and representatives, and the respective predecessors, successors and assigns of any of the foregoing (“**Indemnitees**”), from and against any and all suits, claims, actions, demands, losses, damages, liabilities, settlements, penalties, fines, costs and expenses (including, without limitation, reasonable attorneys’ fees and other expenses of an investigation or litigation), whether sounding in contract, tort, intellectual property, or any other theory, and whether legal, statutory, equitable or otherwise (collectively, “**Losses**”) arising out of, relating to, or resulting from the Vaccine, including but not limited to any stage of design, development, investigation, formulation, testing, clinical testing, manufacture, labeling, packaging, transport, storage, distribution, marketing, promotion, sale, purchase, licensing, donation, dispensing, prescribing, administration, provision, or use of the Vaccine.

Ziffer 8.1 des Vertrags © -

Zuständig für Fragen der Entschädigung ist nicht der Hersteller, sondern der Käufer, also die abnehmenden Staaten, die alle Kosten aus den Taschen von Steuerzahlern erstatten. Schadenersatzklagen sind somit nicht gegen den Hersteller zu richten, sondern gegen den Käufer. Es ist, als wollte man den Kunden dafür verantwortlich machen, falls das Produkt ihn krank macht:

8.2 Assumption of Defense by Purchaser. The Indemnitee(s) shall notify Purchaser of Losses for which it is seeking indemnification pursuant hereto (“**Indemnified Claims**”). Upon such notification, Purchaser shall promptly assume conduct and control of the defense of such Indemnified Claims on behalf of the Indemnitee with counsel acceptable to Indemnitee(s), whether or not the Indemnified Claim is rightfully brought; provided, however, that Purchaser shall provide advance notice in writing of any proposed compromise or settlement of any Indemnified Claim and in no event may Purchaser compromise or settle any Indemnified Claim without Indemnitee(s)’s prior written consent, such consent not to be unreasonably withheld. Indemnitee(s) shall reasonably cooperate with Purchaser in the defense of the Indemnified Claims.

Ziffer 8.2 des Vertrags © -

Alle Kosten, egal welcher Art diese Kosten sind, die im Zusammenhang mit einem Rechtsstreit entstehen, werden vom Käufer, also von den abnehmenden Staaten aus Steuergeldern getragen. Trotzdem kann Pfizer/Biontech sich entscheiden, die Kontrolle über Rechtsstreits auszuüben und die eigenen Anwälte mit der Angelegenheit zu betrauen. Die Kosten trägt in jedem Fall der Impfstoff abnehmende Staat:

- 8.4 **Assumption of Defense.** Notwithstanding the foregoing and without prejudice to Section 12.6, Pfizer, directly or through any of its Affiliates or through BioNTech, may elect to assume control of the defense of an Indemnified Claim (a) within thirty (30) days of Indemnitee's notice to Purchaser of the Indemnified Claim or (b) at any time if, in Pfizer's sole discretion: (i) Purchaser fails to timely assume the defense of or reasonably defend such Indemnified Claim(s) in good faith to the satisfaction of Pfizer (or Pfizer's Affiliates and BioNTech); or (ii) Pfizer believes (or any of Pfizer's Affiliates or BioNTech believe) in good faith that a bona fide conflict exists between Indemnitee(s) and Purchaser with respect to an Indemnified Claim hereunder. Upon written notice of such election, Pfizer shall have the right to assume control of such defense (directly or through either one of its Affiliates or BioNTech), and Purchaser shall pay (as incurred and on demand), all Losses, including, without limitation, the reasonable attorneys' fees and other expenses incurred by Indemnitee(s), in connection with the Indemnified Claim. In all events, Purchaser shall cooperate with Indemnitee(s) in the defense, settlement or compromise of the Indemnified Claim.

Ziffer 8.4 des Vertrags © -

Folgende Vertragspassage könnte man als verklausuliertes Versprechen des Staates lesen, Medikamente, die gegen Covid-19 wirksam sein könnten, vom Markt fernzuhalten, bis der Impfstoff von Pfizer/Biontech entwickelt und auf den Markt gebracht ist:

Purchaser acknowledges and agrees that (i) Pfizer's efforts to develop and manufacture the Product are aspirational in nature and subject to significant risks and uncertainties, and (ii) the fact that any other drug or vaccine to prevent, treat or cure COVID-19 infection is successfully developed or granted authorization earlier than the granting of Authorization for the Product shall not change the current situation of urgent needs for prevention of the spread of the COVID-19 infection that poses serious threats to and harmful effects on the lives and health of the general public.

Vertragsauszug © -

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Geheimhaltung der Vertragsklauseln wie folgt zu garantieren:

10.2 **Recipient Precautions.**

In order to comply with the obligations contained in this Section 10 (Confidential Information), Recipient shall take at least the following precautions: (a) Recipient shall exercise all reasonable efforts to prevent unauthorized employees and unauthorized third parties from gaining access to Confidential Information (and in no event less than reasonable care); (b) Recipient shall disclose Confidential Information only to such of its Representatives who have a need to know such Confidential Information to fulfill its obligations under this Agreement; provided, however, before any disclosure of Confidential Information, Recipient shall bind its Representatives receiving such Confidential Information to a written agreement of confidentiality at least as restrictive as this Agreement; and (c) prior to any disclosure, Recipient shall instruct its Representatives of the confidential nature of, and to maintain the confidentiality of, the Confidential Information. Recipient shall be responsible for all actions of its Representatives, including, without limitation, any breach of the terms hereof, regardless of whether or not such Representatives remain employed or in contractual privity with the Recipient.

Vertrag Ziffer 10.2 © -

Bei Vertragsstreitigkeiten sind nicht etwa deutsche oder Schweizer Gerichte zuständig, sondern ein privates Schiedsgericht in New York (Ziffer 12.2). Anwendbar ist US-Recht:

12.5 Governing Law.

All disputes shall be governed by the Laws of the State of New York, USA, without regard to conflict of Law principles other than Section 5-1401 of the New York General Obligations Law, except that any dispute regarding the arbitrability or the scope and application of this Section shall be governed by the Federal Arbitration Act of the United States.

Vertrag Ziffer 10.5 © -

Für Vertrauen ist Transparenz das A und O

Grundsätzliche Impfgegner wollen von Impfungen so oder so nichts wissen. Aber viel zahlreichere Impfskeptiker wollen informiert entscheiden können und verlangen deshalb vollständige Transparenz über die Zulassungsstudien, unerwünschte Nebenwirkungen oder über die Haftung der Hersteller.

Zu Kritik und Misstrauen trug bereits bei, dass Pfizer/Biontech die Rohdaten ihrer Zulassungsstudie für den mRNA-Corona-Impfstoff Comirnaty weder veröffentlicht noch unabhängigen Forschern zur Verfügung stellt. Infosperber informierte darüber: [«Das Misstrauen gegen Impfstoffhersteller kommt nicht von ungefähr.»](#)

Es stärkt das Vertrauen ebenfalls nicht, dass die Behörden bei der Haftung für allfällig auftretende Schäden um den Brei herum reden. Genau das tut in der Schweiz das Bundesamt für Gesundheit BAG.

Am 18. Januar 2021 informierte das BAG in seinem Bulletin mit der Überschrift [«Wer haftet für Impffehler?»](#) und schrieb: «Schwerwiegende Nebenwirkungen nach Impfungen kamen bislang sehr selten vor. Sollten sie trotzdem auftreten, ist zu prüfen, wer allenfalls bei solchen Schäden haftet.» Das BAG präziserte, worum es sich handelt:

«Schwerwiegende Folgeschäden von Impfungen (Impfschäden) sind nicht die üblichen Nebenwirkungen (z. B. Rötungen, Schwellungen und Verhärtungen an der Einstichstelle, Kopfschmerzen, Muskelschmerzen, leichtes Fieber), sondern länger- oder langandauernde Schädigungen mit schweren gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Folgen für die geimpfte Person. Tritt als Folge einer Impfung zum Beispiel eine vorübergehende oder bleibende Arbeitsunfähigkeit auf, so ist dies ein schwerer Folgeschaden. Liegt ein Impfschaden vor, kann dies eine Haftpflicht zur Folge haben.»

Nach dieser Einleitung informierte das BAG schönfärberisch an erster Stelle über die «Haftung des Impfstoffherstellers aufgrund des [Produktehaftpflichtgesetzes](#).» Doch dieses Gesetz sieht für schwerwiegende Folgeschäden keine Haftung vor. Es schliesst explizit jede Haftung aus, wenn «der Fehler nach dem Stand der Wissenschaft und Technik im Zeitpunkt, in dem das Produkt in Verkehr gebracht wurde, nicht erkannt werden konnte». Das trifft bei Folgeschäden von Impfungen zu.

BAG verbreitet die Unwahrheit

Trotzdem erklärte das BAG gegenüber Infosperber noch am 5. August 2021 die Falschaussage, dass «auch bei Covid-19-Impfstoffen ... bei Nachweis eines Zusammenhangs zwischen Schädigung und Impfung eine Haftung der Impfstoffherstellers oder der impfenden Stelle in Frage kommt». Eine solche Haftung kommt laut Verträgen eben nicht in Frage. Mit harten Worten ausgedrückt: Das BAG lügt die Öffentlichkeit an.

Am 6. August 2021 bat Infosperber das BAG um eine Stellungnahme zum Vorwurf, dass das BAG bezüglich Haftung der Impfstoffhersteller bewusst eine Falschinformation verbreite. Sobald eine Stellungnahme eintrifft, werden wir unter diesem Artikel als Nachtrag darüber informieren.

Denn das BAG verschwiegen und verschweigt immer noch, dass die Knebelklausel im Vertrag mit Pfizer/Biontech jede Haftung ausschliesst. Die Staaten müssten bei entsprechenden Klagen sämtliche Verfahrens-, Gerichtskosten, Bussen oder Entschädigungen einschliesslich der Anwaltskosten übernehmen (siehe Ziffer 8.1 bis 8.4 des geleakten Vertrags mit Albanien).

Am Schluss verweist das BAG auf das neue [Epidemiengesetz](#): Es ist der Bund, der für alle Folgeschäden haftet, sofern die Behörden die Impfung empfohlen haben. Allerdings sind die Hürden für Entschädigungen gross. Den Betroffenen wird es höchst selten gelingen zu beweisen, dass erst spät auftretende gesundheitliche Schäden kausal auf eine Impfung zurückzuführen sind*. Entsprechende gesundheitliche Probleme können meistens verschiedene Ursachen haben. Der Betrag für eine Genugtuung ist auf 70'000 Franken beschränkt.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Keine

Meinungen in Beiträgen auf Infosperber entsprechen jeweils den persönlichen Einschätzungen der Autorin oder des Autors.

Weiterführende Informationen

- [Der definitive Vertragsentwurf von Pfizer vom 1.6.2021 als PDF-Dokument](#).
- [*Was das Bundesamt für Gesundheit fordert, um eine Nebenwirkung auf eine Impfung zurückzuführen](#).



You can reply to this email or [respond in Basecamp](#).

This message was sent to Ariane Zappe, Barbara, Christfried, Christina, Christof Plothe, Clemens, Cornelia Morche, Dietrich, Dr Monika Krout, Dr Pandalis, Dr Sauerzweig, Dr. Norbert Merz, Dr. Vera Kleinfenn,, e.trebin@web.de, Hans Lechner, Heiko Santelmann, Jens Edrich, Joachim, Johannes Naumann, John, Marc Christian, Marc Hilger, Martin, Paolo Palatini, Peter, Prof hecht, Prof Muss, Prof Spitz, prof Walach, Rüdiger, sabine schliebusch, Thomas Canterelli, Thomas Mantel, Tina Ritter, Ulrich, and Uwe Alschner.

[Unsubscribe](#) • [Change your notification settings](#)

Get the Basecamp app for iPhone or Android!

